

Vom Bundesverfassungsgericht Karlsruhe bestätigt: **ARGEn sind verfassungswidrig !**

Mit Urteil vom 20. Dezember 2007 hat das Bundesverfassungsgericht die im Zweiten Sozialgesetzbuch vorgesehene Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften (ARGE) durch die Kommunen und den Bund (§ 44 b SGB II) zur Bewältigung der Aufgaben im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende für verfassungswidrig erklärt und dem Gesetzgeber auferlegt, eine andere Regelung bis zum 31. Dezember 2010 einzuführen (Az.: 2 BvR 2433/04 und 2 BvR 2434/04).

Das Gericht gab damit einer Verfassungsbeschwerde von mehreren Landkreisen wegen der Verletzung der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie nach Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes (GG) i.V.m. Artikel 83 GG statt. Das Gericht entschied dabei mit einer Mehrheit von fünf zu drei Stimmen. Nach Ansicht der Mehrheit der Richter verstößt die fragliche Regelung gegen die Kompetenzordnung des Grundgesetzes. Nach Artikel 83 GG führen die Länder Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, soweit das Grundgesetz nichts anderes bestimmt oder zulässt. Es ist zwar ein anzuerkennendes Regelungsziel, die Leistungen "aus einer Hand" zu gewähren, die Schaffung von Arbeitsgemeinschaften ist hierzu aber nicht zwingend erforderlich, da das Gesetz selbst Ausnahmen in Form der Optionskommunen vorsieht

**Vorsicht
ARGE !**

(§§ 6 a bis 6 c SGB II). Die Verwaltungszuständigkeiten von Bund und Ländern - zu letzteren zählen die Kommunen - sind grundsätzlich getrennt und können selbst mit Zustimmung der Beteiligten nur in den vom Grundgesetz vorgesehenen Fällen zusammengeführt werden. **Die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften bedeutet einen Verstoß gegen den Grundsatz der eigenverantwortlichen Aufgabewahrnehmung**, wonach der Verwaltungsträger verpflichtet ist, die Verwaltungsaufgabe mit eigenen Sachmitteln, eigener Organisation und eigenem Personal wahrzunehmen. In der Arbeitsgemeinschaft sind Kommune und Bundesagentur vertreten, die Aufgaben können nur vollzogen werden, wenn sich die Ansicht des einen Trägers mit der des anderen deckt, eine Abstimmung beider Seiten ist erforderlich. Hieran ändert die von der Bundesagentur eingegangene Selbstbeschränkung nicht, denn diese ist gleichzeitig mit der Nichtwahrnehmung der eigenen Verantwortung verbunden. **Das Gericht verweist dabei insbesondere auf die zwingend anzuwendende Software der**

Bundesagentur in den Jobcentern. Außerdem liegt ein Verstoß gegen den Grundsatz der Verantwortungsklarheit vor, denn eine klare Zurechnung staatlichen Handelns zu einem der Leistungsträger ist nach Ansicht des Gerichts nicht möglich. Dagegen verstößt die Finanzierungsregelung in § 46 Absatz 1 und Absatz 5 bis 10 SGB II nicht gegen die Verfassung. Offen gelassen hat das Gericht, ob die Aufgabenzuweisung in § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 SGB II gegen Artikel 84 GG verstößt, da die Kommunen eine hierauf gestützte Verfassungsbeschwerde nicht erheben können.

Das Bundesverfassungsgericht hatte sich in diesem Verfahren der kommunalen Verfassungsbeschwerde nur mit der Frage zu beschäftigen, ob die verwaltungsmäßige Beschäftigung der Gemeinden bzw. Gemeindeverbände mit den Aufgaben nach dem SGB II gegen die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung verstößt, nicht aber mit der Frage, ob die dem einzelnen Leistungsempfänger gewährten Leistungen mit dem verfassungsrechtlich geforderten Schutz des Existenzminimums vereinbar sind. Insofern steht eine Entscheidung aus Karlsruhe noch aus. **BVG-Urteil vom 20.12.2007 (Az.: 2 BvR 2433/04 und 2 BvR 2434/04)** (ErSt)

Infos: www.bundesverfassungsgericht.de

Neues zum

"Sozial-Ticket"

Dortmund und Köln haben es !

Blockt die Region Hannover ?

siehe Seite 2

Armutszeugnis zu Hartz-IV-Reform

DIW bestätigt Verarmung

Hannovers Secondhand-Kaufhaus

fairKauf stellt sich vor

siehe Seite 5

Info zum Prozess

"Offenes Mikrofon"

Amtsgericht Hannover,

vom 07.01.2008

siehe Seite 5

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ?

Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte siehe letzte Seite**

@l p t r a u m - eine kostenlose Zeitung der Projektgruppe gegen die Agenda 2010

Wir treffen uns z.B. jeden Montag 18.00 Uhr bei der Montagskundgebung am Schillerdenkmal.

MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !

www.alptraum.org - info@gegen-sozialabbau.de



Seit 1. Februar in Dortmund: Sozialtarif-Monatskarte zu 15,- Euro

Wird In der Region Hannover weiterhin nur her-um-ge-iert ?

Während aus der Üstra/GVH-Verwaltung von Herrn Lindenberg erneut eine "Zwangsabgabe aus dem Regelsatz" in Höhe von monatlich 20,- Euro angeordnet wurde, verstecken sich die derzeit in der Region verantwortlichen Politiker hinter einem ROT/GRÜN-Beschluss zur Einführung des Sozialtarifs im Dezember 2008. Der Haushalt der Region kennt hingegen noch keine Ausgaben zu einem Sozialtarif ? Es wird geprüft und geprüft, ohne dass bisher konkrete Aussagen gemacht wurden. Der Vorschlag der Üstra/GVH-Verwaltung hilft nicht weiter, da zu der "Zwangsabgabe" in einem Rechtsstaat keine rechtliche Grundlage existiert, dieser Vorschlag durchaus sittenwidrig zu nennen ist. Der Regelsatz-Anteil zu öffentlichem Nahverkehr beträgt maximal ca. 15,- Euro, und das gilt auch nur für den Haushaltsvorstand einer so genannten Bedarfsgemeinschaft. Daraus resultiert die realistische Forderung des Sozialbündnis Hannover, Monatskarten an Berechtigte zu 15,- Euro auszugeben. Das ist für Leistungsempfänger, akzeptabel, auch wirtschaftlich berechtigt. Es geht nicht an, dass wirtschaftliche Berechtigung immer nur an der Kassenlage der öffentlichen Einrichtungen gemessen wird, Planspiele erdacht werden, mit denen die Mehrheit der bereits ausgegrenzten Bevölkerung

noch einmal zusätzlich abgezockt wird. In Dortmund gilt, dass Berechtigte einen Antrag auf ein Jahresabo stellen, mit einer Einzugsermächtigung im Monat nach Antragstellung rechtzeitig die Monatskarte zugesandt bekommen.

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte @lptraum eine Studie aus Nov. 07 des Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH mit den Ergebnissen zu deren Pilotprojekt "Ermäßigte Tickets für KölnPass-Inhaber" 25,-Euro/Monat. Die Studie hat rund 100.00 Euro gekostet und weist aus, dass der **Zuschussbedarf** in einer Großstadt wie Köln **deutlich geringer** ist, als bisher angenommen. **Er beträgt 1,17 Mio. Euro anstatt ca. 4,7 Mio. Euro.** Ähnliche Argumente mit horrenden Kosten von über 4 Mio. Euro waren auch in Hannover benannt, aber nicht belegt. Die von Sozialbündnis Hannover vorgelegten Zahlen hatten diese Falscheinschätzungen bereits frühzeitig widerlegt, Köln bestätigt die Berechnungen der Befürworter rabattierter Tickets in Hannover. Die in Köln rabattierten Tickets können von allen KölnPass-Inhabern erworben werden. Der KölnPass wird dem größten Teil den Berechtigten automatisch zugesandt. Nur wenige Berechtigte müssen zum Erhalt des KölnPass selbst aktiv werden. Die Berechtigten sind in der Regel bereits als solche erfasst, konnten somit auch durch persönliche Gespräche ihr Verkehrs-Verhalten direkt benennen.

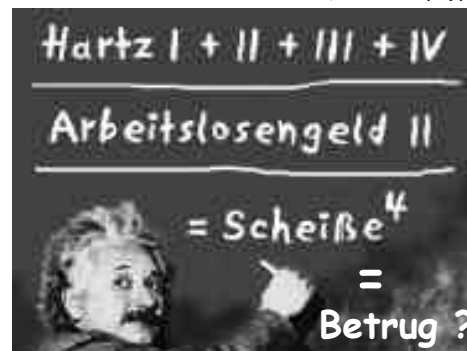
Die durch Befragung erzielten Ergebnisse der Studie bestätigen Argumente der Befürworter, zeigen positive Effekte:

- Bisherige Schwarzfahrer kaufen nun (häufiger) ein Ticket.

- Durch die Tarifsenkung wurde zusätzlicher Neu- und Mehrverkehr induziert.

- Es finden Abwanderungen aus dem Regeltarif statt.

Die in 2008 erfolgte Erhöhung auf 28 Euro reduziert zwar den errechneten städtischen Zuschuss um ca. 200.000 Euro, ungeklärt ist noch, ob ein Rückgang der Akzeptanz des Angebotes erfolgte. Die Region Hannover tagt mit dem Sozialausschuss am 19.02.08 um 16.00 Uhr. **Wir fordern 15,- Euro (Alp)**



@lbert Einstein im Februar:

"Wer es in kleinen Dingen mit der Wahrheit nicht ernst nimmt, dem kann man auch in großen Dingen nicht vertrauen."

(Albert Einstein 1879-1955)

Wir unterstützen die Erklärung des Sozialbündnis Hannover und treten für die Schaffung eines **SozialTicket für Hannover ein:**

DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Ev.-luth.Industriefarramt (KDA), Redaktion Alptraum, Ev.-luth.Stadtkirchenverband Hannover, Arbeitslosen Zentrum Hannover (ALZ), ver.di Ortsverbandsausschuss Region Hannover, Arbeitskreis Arbeitslose Linden, IG Metall-Erwerbslose Hannover, Kulturzentrum Pavillon (BI Raschplatz e.V.), Kabarettist Dietrich Kittner (KKK), Prof. Dr. Peter Grotthian (FU Berlin), Arbeitskreis "Recht auf Mobilität" Berlin, Werkstatt Süd, DROP IN - FixPunkt (Step), VVN / Bund der Antifaschisten e.V. Hannover, AStA Uni-Hannover, Leibniz Universität Hannover, Friedensbüro Hannover e.V., Diakonisches Werk Hannover, attac Hannover, Bündnis für Soziale Gerechtigkeit (BSG), Das Linksbündnis.Region Hannover, Die Linke.PDS Region Hannover, DKP Kreisvorstand Hannover, WASG Ortsverband Lehrte, Linksruck Hannover, Hannoversches Frauenbündnis, Förderverein Gartenhaus e.V., Sozialistisches Café Hannover, Türk.Kiosk Leinaustr.16, AllerWeltsLaden Linden, Marxistisch-Leninistische Partei (MLPD) Hannover, Arbeits- und Sozialberatungs-Gesellschaft e.V. (ASG), Bündnis Montagsdemo Hannover, Interkulturhaus Kargah e.V., Sozialinitiative Linden-Limmer e.V. (S.I.L.L.), Projektgruppe "Agenda-2010-kippen", Erwerbsloseninitiative Hannover-Nordstadt, Querkunst Hannover e.V., Bündnis Zukunft Hannover, Initiative "Offenes Mikrofon" Hannover, Prof. Rainer Roth (AG TuWas Frankfurt/M.), IG Metall-Erwerbslose Wolfsburg (ANW), Ratsgruppe Hannoversche Linke, SPD Linden-Limmer (Abt. Linden-Nord), Africa-Forum Hannover, Pogo-Partei Nds. (POP), radio flora - Hannovers Regionalsender: UKW 106,5 | Kabel 102,15 MHz

Kontakt: **SozialTicket-Initiative Hannover, c/o KDA Industriefarramt, DGB Hannover, Redaktion @lptraum.**

"ALP-Traum" ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe "Agenda 2010 kippen" Hannover

Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0151 / 16 56 24 31

@lptraum-Redaktion (Alp) - Fotos / Beiträge / Gastbeiträge: Dolf Mielenhausen (DoMi), Tel. 16 22 361

Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover

www.alptraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: info@gegen-sozialabbau.de

@lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung

Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendeinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

Das **SozialTicket kommt zum **GVH-Fahrplanwechsel Winter 2008****



Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
ALZ, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 12 400-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 70 14 8-21
SVdK, Rote Reihe 15	Termin vereinbaren, 1 31 72 20
pro familia, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Gruppenstraße 8	Termin vereinbaren, 27 07 39-0

Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen !
 Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen !

200-Millionen-Euro-@lptraum: üstra will 100 neue Busse und 100 Bahnen

Die Hannoversche Verkehrsbetriebe AG üstra kauft in den nächsten Jahren 100 neue Busse und 100 neue Stadtbahnen. Das Unternehmen sucht europaweit Fahrzeuge mit niedrigem Verbrauch. üstra-Chef André Neiß schnürt ein Investitionspaket von weit über 200 Millionen Euro, um alte Fahrzeuge zu ersetzen. Für Neiß nicht nur eine Einkaufsliste - vor dem Hintergrund des Ringens um die langfristige Entwicklung der üstra, wie u.a. vitale üstra 2020, sprach er von "einem Zeichen, dass die üstra an ihre Zukunft glaubt". In den kommenden drei Jahren sollen die ersten 52 neuen Busse anrollen. Sie ersetzen dann die ältesten silbernen Design-Fahrzeuge von James Irvine, die ab 1999 zur Weltausstellung Expo 2000 angeschafft wurden. Angebote für das neue Modell sollen aus ganz Europa eingeholt werden. Ein wichtiger Punkt:

möglichst niedriger Spritverbrauch. Die üstra will aber auch schadstoffarme Busse nach Euro-5-Norm (Filterpflicht für Dieselfahrzeuge ab 1.9.2009) kaufen. "Die verbrauchen eher mehr", so Neiß. Mit Fahrerschulungen will das Unternehmen den Verbrauch möglichst gering halten. Außerdem wird erwogen, auch Hybridfahrzeuge anzuschaffen. Diese haben zusätzlich einen Elektromotor. Der wird unter anderem durch Strom angetrieben, der erzeugt wird, wenn der Bus bremst. Zur Zeit ist nicht bekannt, wie viel die üstra für die Ausgabe kalkuliert. Bei den zuletzt angeschafften Solaris-Bussen (Urbino 12) aus Polen lag der Preis um 220.000 Euro - macht also voraussichtlich um die 22 Millionen für die neuen Fahrzeuge. Die alten Design-Busse (X 12), sie sollen über 300.000 Euro gekostet haben, übernimmt das Tochterunternehmen

üstra-Reisen GmbH. Noch nicht gesichert ist der geplante Kauf von 100 neuen Stadtbahnen, um die zum Teil über 30 Jahre alten grünen Züge (TW 600) zu ersetzen. (siehe @lptraum 10/2007) Neiß geht von einem Stückpreis von rund zwei Millionen Euro pro Fahrzeug aus. Die üstra könne allerdings nur kaufen, wenn die Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) Niedersachsen die Hälfte der Kosten übernimmt. Darüber ist aber noch nicht entschieden. "Wir brauchen die Bahnen", sagte Neiß. Es sei nicht mehr wirtschaftlich, die alten Fahrzeuge am Rollen zu halten. Ersatzteile müssten extra angefertigt werden. "Da ist Elektronik eingebaut, die man nicht mehr nachkaufen kann." (Quelle: NP) (ErSt) Infos: www.lnvg.niedersachsen.de und www.uestra.de

Sozialgericht Dortmund zur Zulässigkeit der Kürzung von Heizkosten

Nach Auffassung des Sozialgerichts Dortmund, Urteil vom 19.12.2007 - Az.: S 32 AS 114/07, muss ein Träger von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende einem Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II) solange die tatsächlich anfallenden Kosten für die Beheizung seiner Wohnung übernehmen, bis dieser aufgrund eines Hinweises des Leistungsträgers in der Lage ist, überhöhte Kosten auf ein angemessenes Maß zu senken. Keinesfalls sei die Behörde zur Reduzierung der Kosten ohne vorherigen Hinweis berechtigt. Vor dem Sozialgericht Dortmund hatte eine 62-jährige Bezieherin von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende aus Lünen auf Übernahme der tatsächlich anfallenden Heizkosten durch den Beklagten, dem zuständigen Leistungsträger nach dem SGB II, die Arbeitsgemeinschaft für den Kreis Unna (ARGE) geklagt. Der Beklagte hatte die tatsächlich anfallenden

Heizkosten der Klägerin nicht übernommen. Er hält die Heizkosten für unangemessen hoch und begründet dies mit einem Vergleich zu den Heizkosten der übrigen Wohnungen des Mehrfamilienhauses, in dem auch die Klägerin ihre Wohnung hat. Dieser Vergleich zeige, dass die Heizkosten um 50% höher lägen. Ein Träger von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende sei gesetzlich jedoch nur zur Übernahme der Heizkosten verpflichtet, soweit diese angemessen sind. Nach § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II werden Leistungen für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen durch den zuständigen Leistungsträger erbracht. Dies jedoch nur, soweit die Aufwendungen angemessen sind. Die Höhe der zu übernehmenden Kosten ergibt sich nach Auffassung des Sozialgerichts Dortmund zunächst aus dem Mietvertrag bzw. den monatlichen Abschlägen des Energieversorgungsunternehmens. Von unangemessenen Heizkosten könne nur

dann ausgegangen werden, wenn Anhaltspunkte für ein unwirtschaftliches Verhalten des Leistungsbeziehers vorlägen. Hiervon unabhängig hält das erkennende Gericht eine Kürzung der zu erstattenden Heizkosten zudem nur dann für zulässig, wenn es dem Leistungsbezieher grundsätzlich möglich war, sein Heizverhalten dem als angemessen eingestuftem Heizverhalten anzupassen. Dies setze eine vorherige Information des Leistungsbeziehers darüber voraus, dass sein Heizverhalten als unangemessen angesehen werde. Dies habe der Beklagte im zur Entscheidung anstehenden Fall bislang nicht getan, sodass die vollen Heizkosten vorläufig als Bedarf der Klägerin zu berücksichtigen seien. Das Sozialgericht Dortmund verpflichtete daher den Beklagten (ARGE für den Kreis Unna) zur Nachzahlung der noch ausstehenden Heizkosten. **Sozialgericht Dortmund, Urteil vom 19.12.2007 (Az.: S 32 AS 114/07)** Infos: www.sg-dortmund.nrw.de (DoMi)

Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !

Beim nächsten Amts-Besuch, zum JobCenter, zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt, empfiehlt das ArbeitslosenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. Material-

SammlerInnen gesucht !

Greift zu eurer spitzen Feder !

Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann.

Wichtig ist, dass wir den Lügen und

der gezielten Desinformation entgegenzutreten. Jeden 3. Dienstag im Monat 18.03-19.00 Uhr stellen wir als Redaktion "Politbüro" Öffentlichkeit auch im Bürgerfunk her. (Alp)

alptraum@radioflora.de



Der tägliche Kampf eines Hartz-IV-Betroffenen

Der Regelsatz bei Hartz IV bei einem Alleinstehenden liegt bekannterweise bei 347 € monatlich. Was bedeutet das im täglichen Leben ? 347 €, das sind etwa 11,50 € pro Tag. Da sind alle Kosten für den Alltag einschließlich etwaiger Rücklagen für Anschaffungen mit abgedeckt. In der Theorie mag das gut klingen und wenn man böse wäre, dann könnte man annehmen, damit gut über die Runden kommen zu können, da Hartz-IV-er den ganzen Tag eh nichts zu tun haben. Die Realität sieht leider sehr viel anders und auch böser aus. Diese Erfahrung wurde mir als Betroffener selbst vor knapp 2 Wochen bewusst, als ich mit dem günstigsten Fortbewegungsmittel, dem Rad wieder einmal einen Plattfuss hatte. Mir war bewusst, dass es dazu kommen würde, musste ich nur meine abgefahrene Raddecke betrachten, die nunmehr Slicks bei einem Formel 1-Renner sehr ähnlich sah. Bis zuletzt habe ich den Schlauch notdürftig geflickt, in der Hoffnung, dass es gutgehen würde. Als normal verdienender Arbeitnehmer hätte ich schon Wochen zuvor mir Ersatz besorgt und mich damit nicht rumgeärgert. Aber eine Decke kostet im Sonderangebot immerhin 18,75 €. Das ist gut der 1,5 fache Satz eines Hartz-IV-ers. Das bedeutet in

der Konsequenz einen Tag komplett auf Nahrung und andere Sachen und den darauffolgenden Tag mich zumindest hälftig einzuschränken. Wie soll das machbar sein ? Oder sollte ich doch an anderer Stelle sparen können ? Die merkwürdigsten Vorschläge diskutiere ich vor mir hin, verwerfe sie zum Glück aber wieder. Meine beiden Katzen kosten mich im Monat ca. 30 €.. Nein, nein, nein ! Alternativ könnte ich den Tag auch im Bett verbringen, dann ist der Energiebedarf geringer, ich habe weniger Hunger und kann so auch sparen... Nein, niemals ! In einem Land, was nur so von dekadenten BMW X 5, Audi Q 7 und anderen überflüssigen CO2-Schädlingen wimmelt, da muss ich mir als 41-jähriger das Recht rausnehmen und mit dem Rad unterwegs sein dürfen, selbst auf die Gefahr hin, dass ich ab und zu Ersatzteile hierfür benötige. Beim Essen könnte tatsächlich eingespart werden, selbst wenn ich nicht bereit bin, mir einen selbstverhängten Hausarrest zu verordnen. Ende des letzten Jahres war ich zum Frühstück beim DRK in Linden. Es schmeckt dort gut, man ist mir freundlich eingestellt und vor allem ist es gratis. Doch bei allem Respekt vor der Leistung des DRK: noch bin ich nicht wohnungslos und noch möchte ich mich

völlig von der Gesellschaft verabschiedet haben. Es mag durchaus sein, dass ich in ein paar Monaten darüber anders denke. Als Hartz-IV-er ist man mehr denn je auf die Unterstützung Dritter angewiesen. Wer diese Unterstützung nicht hat, der hat in der Tat ein sehr großes Problem. Was die Fahrraddecke für 18,75 € betrifft, so habe ich mir von einer lieben Freundin helfen lassen, auch wenn ich mich lange genug geizt hatte, ihre finanzielle Hilfe anzunehmen. Mit der neuen Decke kann ich die nächsten Monate beruhigt herumradeln. Es ändert letztlich nichts an der Gesamtsituation, die ich als Betroffener exemplarisch an einem banalen Beispiel darstellen will. Hartz IV ermöglicht kein menschenwürdiges Dasein und das in dem drittgrößten Industrieland der Erde. Vor einiger Zeit habe ich folgenden Satz geprägt: **ich habe keine Angst vor dem Tod, ich habe Angst durch ein Hartz IV bedingtes Siechtum.**

Und wenn die einfachsten Sachen, die allernotwendigsten Investitionen zur Tortur werden und letztlich an der finanziellen Unrealisierbarkeit ad absurdum geführt werden, dann fällt es mir tatsächlich schwer, jeden Tag neuen Mut zu schöpfen und morgens aufzustehen.

Ein Leserbrief von Andreas Gründel

In Hessen und Niedersachsen endlich Hartz-IV-Gegner auch im Landtag ?

Diffamierungskampagnen gegen Erwerbslose. Wir erinnern uns an Schröders "Faulpelze" und Clements "Parasiten" Beschimpfungen.

Gilt es in Arbeitgeberkreisen mittlerweile als Unverschämtheit, für ehrliche Arbeit auch anständiges Entgelt zu verlangen ? Zumutungen und Erniedrigungen für Menschen, denen wie Beispiel Nokia, durch Kapital-Entscheidungen der Konzerne die Existenz genommen wird. Es gibt in der Arbeitswelt keinen Persönlichkeitsschutz mehr, keine Chancen mehr, die erworbenen Fähigkeiten in einem bezahlten Arbeitsplatz einzubrin-

gen. Akademiker nur noch in Hilfsarbeitertätigkeiten ? Die chinesische Kulturrevolution unter Mao Tse Tung im Kapitalismus endlich verwirklicht ? Keine Entfaltungsmöglichkeit nach dem Verlust des Arbeitsplatzes ? Hartz IV ist die Forderung nach totaler Verarmung, verlangt den Verzehr aller Reserven und Vorsorgemaßnahmen, bevor die Gegenleistung für jahrelang gezahlte Arbeitslosenbeiträge zur Überbrückung der Erwerbslosigkeit in Anspruch genommen werden kann ? In der Praxis bedeutet Hartz IV Einschüchterung, tägliche Angst der noch im Arbeitspro-

zess befindlichen Menschen vor Arbeitsplatzverlust. Nackte Überlebensangst bei den ausgegrenzten Menschen vor den allgegenwärtigen Schikanen der Behörden, Angst vor Kürzung aller Leistungen, wenn man den ständigen Anforderungen zu einer als Mitwirkungspflicht deklarierten Beweisumkehr nicht nachkommen kann. **Die LINKE** scheint noch die einzige politische Kraft zu sein, die die Abschaffung von Hartz IV auf ihre Fahne geschrieben hat und es endlich auch in die Parlamente geschafft hat. Sind endlich wieder spannende Debatten zu erwarten ? Schauen wir mal (HaDe)

Pro-Ob-Obdachlosentafel: Samstags 14 - 16 Uhr, Christuskirche Hannover

fairKauf eG - das neu eröffnete Secondhand-Kaufhaus stellt sich vor

fairKauf eG - Seit dem 14.01.08 Ihr Secondhand-Kaufhaus in Hannover.

Textbeitrag der Geschäftsführung des fairKauf e.G. in der Limburgstr. 1

Die nächste Heizkostenabrechnung wird grausam. Unveränderte Bezüge für die Hartz-IV-Empfänger und steigende Energiekosten! Frost oder Hunger die Alternative? Noch mehr in Sack und Asche gehen als bisher, nur weil das Geld „verheizt“ wird? Auch Uraltklamotten wärmen? Zerschlissenes Spielzeug gut genug für die Kinder am unteren Ende der Gesellschaft? Das zu kurze Bett, ausreichend für Heranwachsende? Das sind Fragen, die sich viele Hannoveranerinnen und Hannoveraner jetzt stellen müssen.

Aber seit dem 14.1. gibt es Hilfestellung bei der Antwort auf alle diese Fragen. fairKauf, das soziale Kaufhaus mitten in der Glanz- und Glamourwelt von Hannovers City, hat eröffnet. Es ist zwar noch nicht alles fertig und manches funktioniert noch nicht reibungslos, aber es gibt ein reichliches Angebot an gut erhaltenen Möbeln, Hausratgegenständen und Kleidungsstücken und in engeren Grenzen Spielzeug. Und das alles zu Preisen, die für alle bezahlbar sind. Nicht alles ist für alle bezahlbar aber jeder findet etwas, was er benötigt und sich leisten kann. Fernseher für



fairKauf e.G.
Secondhand-Kaufhaus
Limburgstraße 1
(ehemals Möbelhaus Borsum)

weniger als 50€, Schränke kosten keine 100 €, stabile Betten, gute Kleidung, geschmackvolle Deko. Und der Kunde mit dem Verpflichtungsschein wird so freundlich empfangen wie der Käufer mit Bargeld. Und, darauf wird besonders Wert gelegt: viele preiswerte Bücher. „Kultur“, sagt eine ehrenamtliche Helferin beim Sortieren der Bücher, „Kultur ist ein menschliches Grundbedürfnis!“

„Auch diejenigen, die nicht soviel wie die anderen haben, sollen in Hannovers Innenstadt shoppen dürfen!“ Das sagt Nicola Barke, die Geschäftsführerin. Helle Räume, interessante Raumgestaltung, freundliches Personal. „Es ist schlimm genug, wenn Menschen in Armut leben müssen. Man darf sie nicht noch mit der Nase darauf stoßen, indem

man ihnen eine unfreundliche Umgebung zumutet!“ So erklärt Reinhold Fahlbusch, Vorstandsvorsitzender der Genossenschaft, die das Kaufhaus betreibt, den vermeintlich hohen Aufwand für die Renovierung. „Unsere Kunden sollen sich bei uns wohl fühlen!“ Und das Wohl-Gefühl vermitteln auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Haus. Alle, die im Kaufhaus tätig sind, waren zum Zeitpunkt des Abschlusses des Arbeitsvertrages z.Zt. sind knapp 10 neue Stellen geschaffen teilweise lange arbeitssuchend. Sie wissen, wie es einem großen Teil ihrer Kunden geht.

Diakonisches Werk, Caritas und Werkheim haben diese Genossenschaft zusammen mit sechs engagierten Bürgern gegründet und ihr finanzielle Starthilfe gegeben. **Genossin oder Genosse kann auch werden, wer von Hartz IV lebt. Für einen im Bedarfsfall kündbaren Anteil von 50 € kann jedermann Mitinhaber des Kaufhauses werden wo kann man sonst schon im eigenen Geschäft einkaufen und hat genau so viel Mitspracherecht wie die Großinvestoren?**

Die Genossenschaft hat viel vor. Wenigstens 12 % vom Umsatz sollen für **Qualifizierungsmaßnahmen** ausgegeben werden. Hier handeln Käufer durch den Einkauf solidarisch. Mehr Umsatz = mehr Qualifizierung!

Es war ein guter Start; warten wir es ab!
V.i.S.d.P.: R.Fahlbusch, fairKauf e.G.

Fiese Tricks von Polizei und Justiz? Prozesse in Hannover!

Eine Rechteabwägung, Nachrang des Emissionsgesetz und Vorrang des Versammlungsrechtes gemäß Artikel 8 GG, wird in Hannover nach wie vor „nach Gutsherrenart“ und bereits von der Polizeidirektion strafbewehrt gegen Demonstranten bestimmt.

Es gibt keine hinreichende Erklärung, welche konkrete Gefahr für Anwohner und Passanten von einem Lautsprecher ausgeht und worin der Unterschied der Gefahrenabwehr, wie die durchgeführte Beschlagnahme der Anlage, bei einem Einsatz mit nur einem, mit 30 oder 50 und mehr Teilnehmern einer Demo besteht. Das Verwaltungsgericht wollte diesen Umstand nicht näher erklären,

auch nicht der Prozess am 07.01.08. Der Termin am 19.12.07 gegen die Angeklagten K. und B. musste, weil der hauptbelastende Polizeizeuge fehlte, auf den 07.01.08 vertagt werden. Weiterhin ist die Verhältnismäßigkeit der Mittel und die Rechtmäßigkeit des Polizeieinsatzes vom 05.02.07 abermals nicht ausreichend erörtert bzw. berücksichtigt worden. Eine Prozess-Vertagung, nur weil der Hauptbelastungszeuge, ein Polizeibeamter Urlaub machen durfte? Sollte bereits ohne richterliche Befragung des Zeugen „verurteilt“ werden? Die „Glaubwürdigkeit“ dieses Zeugen führte dazu, dass für beide Angeklagten der Vorwurf der Körperverletzung ent-

kräftet war, der Angeklagte K. freigesprochen werden musste. 30 Tagessätze als Exempel gegen den Angeklagten B., weil dieser beim „Durchgreifen“, „Verhaftung der Lautsprecheranlage“ im Wege stand bzw. von Beamten auf den Boden geworfen, gefesselt und weggetragen wurde, obwohl er keine Gegenwehr leistete? Die Berufung, spätestens eine Klage vor dem Verfassungsgericht wird klären, wie weit polizeiliches Handeln das Versammlungsrecht beschränken oder, wie geschehen, kriminalisieren darf. (HaDe)
Spendenkonto Nr. 185 164 503, Wiebke Koepsell Postbank BLZ 370 100 50

Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:

H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptrraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendenzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben Alptrraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.



@lptraum-Tipp: Praxisgebühr und Zuzahlungsgrenze bei Hartz IV

"Haste 'mal 10 Euro?"

Wer in einer gesetzlichen Krankenkasse versichert ist, muss zuzahlen, wie zum Beispiel die 10 Euro Praxisgebühr pro Quartal. Das gilt auch für Hartz-IV-Empfänger. Übersteigen die Zuzahlungen eine bestimmte Grenze, können sich Hilfebedürftige genauso wie andere Versicherte von der Krankenkasse eine Befreiungsbescheinigung für das Kalenderjahr ausstellen lassen. **Bei "Hartz IV" liegt die Grenze bei 83,28 Euro.**

Allerdings sind einige Besonderheiten zu beachten: Zur Berechnung der Belastungsgrenze wird im Normalfall das Bruttoeinkommen aller familienversicherten Haushaltsmitglieder berücksichtigt. Bei hilfbedürftigen Versicherten zählt jedoch nur der Regelsatz des BG-Haushaltsvorstands. Die Belastungsgrenze beläuft sich auf zwei Prozent der jährlichen Bruttoeinnahmen.

Chronisch Kranke müssen bis zu ein Prozent (41,64 €) ihres Jahreseinkommens zuzahlen.

Sobald beispielsweise ein Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II) für

Zuzahlungen 83,28 Euro (entsprechend zwei Prozent der jährlichen Regelleistung von 4.164,- Euro (12 x 347,- €) ausgegeben hat, kann er sich von weiteren Zuzahlungen befreien lassen. Die Befreiung gilt für alle Haushaltsmitglieder, die in der Familienversicherung des BG-Haushaltsvorstands sind, also insbesondere Ehegatten ohne versicherungspflichtiges Einkommen.

Kinder sind bis zu ihrem 18. Lebensjahr ohnehin von der Zuzahlung befreit. Damit eine Befreiung möglich ist, müssen Versicherte ihre Zuzahlungen belegen können. Dazu ist es wichtig, dass beim Kauf von Medikamenten in der Apotheke der Name des Käufers auf der Quittung steht. Übrigens muss die Krankenkasse diewährend eines Jahres geleisteten Zuzahlungen auch rückwirkend erstatten, wenn die Belastungsgrenze bereits überschritten wurde.

Kosten für so genannte Heil- und Hilfsmittel, die über den von der Krankenkasse gezahlten Festbetrag hinaus gehen, zahlen auch ALG-II-Empfänger selbst. Wer eine Brille oder

Kontaktlinsen benötigt, muss die Eigenbeteiligung aus dem Regelsatz ansparen. Eine Befreiung oberhalb einer Belastungsgrenze gibt es nicht. Eventuell besteht aber Anspruch auf ein Darlehen der Sozialbehörde. (siehe auch @lptraum 09+10/2005, 07/2007)



Von Zuzahlungen zum Zahnersatz sind Hilfebedürftige im Gegensatz zu anderen gesetzlich Versicherten grundsätzlich befreit. Von dieser Härtefallregelung profitieren Empfänger von ALG II oder Sozialgeld, Bezieher von Leistungen der Grundsicherung sowie Schüler und Studenten mit BAföG. (ErSt)

Infos: www.die-gesundheitsreform.de

Renten Kürzung für ALG-II-Empfänger, nur ein Computerfehler?

Systemfehler bei der Bundesanstalt für Arbeit zu Rentenversicherungen der ALG-II-Berechtigten?

(Quelle: Leserbrief einer Betroffenen)
Die im März 2007 bei mir eingegangene Renteninformation ergab zur vorherigen Jahr eine Reduzierung des in 2006 hochgerechneten Rentenbetrages. Da das JobCenter 19% von 4.800 Euro jährlich eingezahlt hat, hätte der Betrag für 2006 um 4,18 Euro (2007 -2400 Euro = 2,18 Euro) steigen müssen. Bei der Beratungsstelle der Deutschen Rentenversicherung war der sachverständige Berater der gleichen Meinung. Er entdeckte im Versicherungsverlauf, dass auch die vom JobCenter für 2005 und 2006 maschinell an die RV gemeldeten Zeiten somit für die meisten der ALG-II-Empfänger falsch sind.

Es war nicht möglich, eine Korrektur über das für mich zuständige JobCenter Calenberger Esplanade zu erreichen. Ich wurde 2x zur Agentur für Arbeit in die Brühlstr. geschickt. Zusammen mit einer ebenso Betroffenen konnte uns im August 2007 eine kompetente Mitarbeiterin im JobCenter Giesekingstr. Aufklärung verschaffen: Sie teilte uns mit, dass ein (bekannter) **Systemfehler** im Computerprogramm der Bundesanstalt für Arbeit vorliegt. Dieser Systemfehler soll nach ihren Worten erst im

Jahre 2009 behoben werden.

Aus Berlin sind uns auch Fälle bekannt. Dies teilte ich in einer Beschwerde Herrn Thomas Heidorn, dem Geschäftsführer der JobCenter der Region Hannover im Sept. 2007 mit. Eine schriftliche Antwort von Frau Wesemeyer, Bereichsleiterin vom JobCenter Calenberger Esplanade: „...es sei nicht ersichtlich, weshalb die Meldung (der BA) als **Format 02 'Arbeitslosengeld II ohne Arbeitslosigkeit' (Kranke)** erfolgte.“ Sie ging nicht auf diesen Systemfehler ein, gab keinen Hinweis, dass und wie er korrigiert wird, warum das frühestens 2009 erfolgt.

Für alle Betroffenen bedeutet eine falsche Meldung der BA auch eine falsche Punktebewertung bei der RV, weniger Geld, drohende Altersarmut. Die richtige Bewertung für alle ALG-II-Bezieher, auch für Unterzeichner der 58er Regelung (§428) ist nur mit korrekter Meldung: **Format 01 'Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit'** gegeben.

Systemfehler oder Absicht?

Die Korrektur des "Systemfehlers" erfolgt erst im Jahr 2009. Das würde mit sehr viel Arbeit verbunden sein. Allerdings erhielt mein Rentenberater der RV aus der BA auch eine verbindliche Auskunft, **dass die Daten der BA nach drei Jahren gelöscht werden.**

Sind die BA-Daten von 2005 und 2006

zum Zeitpunkt der Korrektur des "Systemfehler" bereits gelöscht?

Verarschung der Rentenberechtigten? Durch Neuregelung des RVNachhG sind für 2005 bis 2008 auch **geringere** Bewertungen der Schul-, bzw. Hochschulzeiten erfolgt, ebenso sind für die ersten 36 Kalendermonate, die zwischen dem 18J. u. 25J. gearbeitet wurde, auch alle Umschulungen, Weiterbildungen, Bewerbertraining, Reha usw. als volle Rentenanwartschaft abgeschafft

Die Rentenversicherungsgesetze (Änderung für 2005 2008) wurden stets zeitfern beschlossen. Die alte Sozialhilfebewertung wurde allen ALG-II-Empfängern einfach übergestülpt, es erfolgte keine gesetzliche Neuregelung.

Darum beachten, dass korrekte und lückenlose Meldungen (ohne Fehltag) bei der RV erfolgen, auch wenn kein Arbeitslosengeld bezogen wird. Dringend als arbeitssuchend bei der BA melden, die Rentenverlauf-Bescheide überprüfen, ggfls. Korrektur 'Format 01' verlangen. Im 400 Euro-Job selbst ca. 10,- Euro einzahlen, dann wird auch die volle Zeit angerechnet, ansonsten wird von 3 Jahren nur 1 Jahr berücksichtigt. Sonst Nachteile bei Leistungen der RV, u.U. keine Reha, EU-Rente usw. **Tipp:** RV-Beratungsstelle oder Versichertenälteste der Gewerkschaft aufsuchen. (Alp)

Datenspeicherung-Massenverfassungsklage: www.vorratsdatenspeicherung.de

@Iptraum-Hartz-VII-Krimi im Februar:

Der Tag, an dem der Banker Baden ging

"Eines Tages wird dir dein Geld im Schnabel stecken bleiben." (Donald Duck) - **In der nahen Zukunft des Hartz VII:** Harald Schmidt, seit kurzem Chef der *Bild*-Zeitung, bekommt viel Stoff, denn in Hamburg sprengt ein zum Islamismus bekehrter Zeit-Sportjournalist den Altonaer Bahnhof in die Luft. Dort aber wollte die Kanzlerin gerade diskret ihren beim Nordic Walking verunfallten Gatten abholen. In Frankfurt am Main brennt derweil der Sohn des Chefs der German Investment Association das Haus seines Vaters nieder und verschwindet in die Wüste,

während der Banker Marks selbst entführt und einer ganz neuen Art der Geldwäsche unterzogen wird. Großaufgebote der hessischen Polizei spüren seinem verirrtten GPS-Signal hinterher, was einem in Geologie promovierenden Taxifahrer übel bekommt. Nur Omma Wendrich findet ihren Walter wieder...

Eine rasante, rotzfreche und gar nicht so unmögliche Krimi-Satire über Geld, Politik und Medien von **Heiko Rosner**. Edition Nautilus 2007, 160 Seiten, ISBN: 978-3-89401-535-0, 12,90 €uro Infos: www.edition-nautilus.de (ErSt)



@Iptraum-Lesetipp: Abstellgleis Hartz IV

Die "Unberührbaren" der Nation (Hans-Jürgen Graf)



Abstellgleis Hartz IV - Die "Unberührbaren" der Nation ist eine Zusammenfassung mehrerer Texte zu diesem Thema und seine Begleitthemen, wie Armut, Benachteiligung, Ausgrenzung und mehr. In dem Buch soll die Situation Betroffener deutlich werden, wie sie immer wieder um ihre Existenz kämpfen müssen und manchmal auch verlieren, wenn sie einer Sozialpolitik ausgesetzt sind, die ihnen scheinbar die Chance des Überlebens nicht lassen will. In seiner Starrheit ist das SGB II so ausgelegt, dass es z. B. keinerlei Mehrbedarfe für chronisch Kranke vorsieht, wenn es um die Beschaffung von Medikamenten geht, die von den gesetzlichen Kassen nicht gezahlt werden. Das Buch schildert

verschiedene Ereignisse aus dem Alltag von Hartz IV - Empfängern und hinterfragt kritisch die Grundeinstellung der gesellschaftlichen Schichten zum Individuum Mensch.

Der Autor Hans-Jürgen Graf über sein Buch:

"Für mich ist wichtig, als Betroffener gemachte Erfahrungen mit Hartz IV weiter zu geben und auch andere Betroffene zu Wort kommen zu lassen. Hieraus kann sich der Leser dann selbst einen Eindruck über diese Art der Sozialpolitik in Deutschland machen."

Books on Demand 2007,
ISBN-10: 3833491361,
ISBN-13: 978-3833491368,
112 Seiten, 13 €uro

Infos: www.lulu.com

(ErSt)

@Iptraum-Info: Schon gewusst...

...dass ein Jahr ALG II-Bezug gerade mal einen monatlichen Rentenanspruch von **2,18 €uro** bringt?

@Iptraum-Mindestlohn: Weise Worte aus der BA ?

"Wenn Mindestlöhne angemessen sind, und das sollten die Tarifpartner aushandeln, dann werden sie keine Arbeitsplätze vernichten."

Der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit Frank-Jürgen Weise.

@Iptraum-Info zum Tag der Arbeit: "Gute Arbeit muss drin sein"

Das DGB-Motto für den 1. Mai 2008 steht fest: **"Gute Arbeit muss drin sein"**. Und auch die Plakatmotive werden demnächst vorgestellt. - Sobald es soweit ist, online anschauen unter: www.einblick.dgb.de (ErSt)

"Die Agenda 2010 ist ein Instrument, nicht das Ziel. Also ist sie veränderbar."

(Ex-Kanzler Gerhard Schröder Ende Okt. 2007 beim Hamburger SPD-Parteitag)

Doc Sommer im Winter-Wunderland:

"Ich jedenfalls will es noch in meinem Arbeitsleben erleben, dass der einheitliche, existenzsichernde Mindestlohn als absolute Lohnuntergrenze im Bundesgesetzblatt steht".

(DGB-Chef Michael Sommer im Grußwort zum SPD-Parteitag)

Nebeneinkünfte der SPD-Landtagsfraktion: www.spd-landtag-nds.de

@l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

Februar - 2008

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 4, Ausgabe 1

+++ lokal und aktuell +++

Mitstreiter findet ihr hier:



Montags - Demo - Hannover

Montags von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Offenes Mikrofon für jederman/frau & Kundgebung
Innenstadt, Georgstraße / Schiller-Denkmal
"Aufstehen gegen den Sozialkahlschlag!"

[ka:punkt] Beratungs- und Behandlungsstelle

Gruppenstraße 8 (Innenstadt) 30159 Hannover
"Offene Tür": ein Angebot der katholischen Kirche
Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Uhr, Sa. nur bis 14.00 Uhr
Anmeldung Beratung / Info: Telefon 0511 / 270 739-0

IG Metall-Arbeitskreis "Erwerbslose"

Jeden 1.+3. Mittwoch im Monat 10.00 - 12.00 Uhr
IG Metall - Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover

ver.di-Erwerbslosenausschuss Hannover

Jeden 1. Mittwoch im Monat 15.00 Uhr - 18.00 Uhr
in der Rotation, ver.di - Höfe, Haus C
Goseriede 10, 30159 Hannover (Üstra-Linie 10 +17)
ver.di - ELO im Bezirk Hannover Leine-Weser
E-Mail: Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de

erzählcafé bürgerinitiative gartenhaus

Mittwochs ab 16.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,
30167 Hannover-Nordstadt, Tel. 0173-7865348
in Zusammenarbeit mit "querkunst hannover"
E-Mail: wulf.huehn@querkunst-hannover.de

Arbeitskreis Arbeitslose Linden

Donnerstags 10.00 Uhr - 12.30 Uhr
im Freizeitheim Linden (Raum U 5)
Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover
E-Mail: info@arbeitslosenkreis-linden.de

... und im Anschluss in's "Café Net(t)"

Limmerstraße 5 / Küchengarten (Üstra-Linie10+700)

offener Abend bürgerinitiative gartenhaus

Freitags ab 20.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,
30167 Hannover-Nordstadt,

Projektgruppe "Agenda 2010 kippen"

E-Mail: info@gegen-sozialabbau.de

Jetzt reicht's! **Politiker, die uns plagen, werden wir verjagen!** Jetzt reicht's!



www.gegen-sozialabbau.de www.alptraum.org



@lptraum: info@gegen-sozialabbau.de

+++ @lptraum-Termine im Februar '08: +++

Freitag, 1. Februar 2008, "Deix in the City"

Bissige Cartoons: **Manfred Deix** [erm. Eintritt 2,50 Euro]
Special Guest: **Arnold Schwarzenegger** [bis 02. März]
Wilhelm-Busch-Museum, Georgengarten 1, 30167 Hannover

Samstag, 2. Februar 2008, 14.00 bis 16.00 Uhr:

"1133 Tage Hartz IV" Pro-Ob-Obdachlosentafel [kostenlos]
Jeden Samstag bis März: Christuskirche Hannover-Nordstadt

Damals vor einem Jahr, ... am 5. Februar 2007:

Die mit mindestens 50 Teilnehmern stattfindende **Montagsdemo gegen Hartz IV** wird am Schillerdenkmal (C&A) durch massiven Polizeieinsatz mit **Lautsprecher-Beschlagnahme und vier Festnahmen** beendet. Infos: www.sozialbetrug.org

Dienstag, 5. Februar 2008, 17.30 bis 19.30 Uhr:

After-Work-Bildung 2008: **Wie gründe ich einen Betriebsrat?**
Carpe diem - nutze den Tag! [kostenlos] Tel. 0511-12400416
Ort: ver.di-Höfe, Rotation, Goseriede 10-12, 30159 Hannover

Damals vor 26 Jahren, ... anno 8. Februar 1982:

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" deckt Missstände beim **DGB-eigenem Wohnungsbaukonzern "Neue Heimat"** auf und stürzt die Gemeinwirtschaft in eine schwere Krise: www.dgb.de

Montag, 11. Februar 2008, 11.00 bis 13.00 Uhr:

Ökumenische **Essenausgabe** montags - samtags [bis 20. März]
Tiefpaterre der St.-Clemens-Propstei, Eingang Am Kanonenwall
Kath. St.-Clemens-Propstei, Goethestraße 33, 30169 Hannover

Dienstag, 12. Februar 2008, 19.00 bis 21.00 Uhr:

"**HannovErWacht**" - Mahnwache gegen den Überwachungsstaat
Ort: Schillerdenkmal, Georgstraße [ab 20 Uhr: 15min Schweigen]
Treff jeden Dienstag - Infos: www.piratenpartei-niedersachsen.de

Samstag, 16. Februar 2008, 9.30 bis 15.30 Uhr:

11. Antifaschistische Sozialkonferenz [6 Euro / erm. 3 Euro]
bildungswerk ver.di, IG Metall, ver.di, DGB, VVN/BdA, Arbeit u. Leben, KDA, Geschichtswerkstatt - Anmeldung/Tel. 12400414
Ort: ver.di-Höfe, Rotation, Goseriede 10-12, 30159 Hannover

Donnerstag, 28. Februar 2008, "1-€-Job-@gentur"

Seit über 12 Jahren traditioneller **JagodaGersterWeise-Tag**
Verkündung der mtl. **@beitslosenzahlen für Februar 2008**
JobCenter Region Hannover - Infos: www.pub.arbeitsamt.de

Freitag, 29. Februar 2008, "Achtung: Schaltjahr..."

Ein Jahr hat die Länge von 365 Tagen, 5 Stunden, 48 Minuten und 47 Sekunden. Da dies etwas unpraktisch ist, hat man dem normalen Jahr eine Länge von 365 Tage gegeben, dem Schaltjahr 366 Tage...

Laut Regelsatz stehen ALG II- und Sozialgeld-Empfängern monatlich 4,63 Euro für "Freizeit & Kultur" zur Verfügung!
Der "Mobilitätsanteil" beträgt 14,06 Euro für BG-Vorstände.



Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit.
Spendenkonto: H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4
BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

@lptraum gelesen und als interessant befunden? Mitmachen - Weitergeben